



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Kreistagsfraktion Fulda

[SPD-Kreistagsfraktion Fulda | Vor dem Peterstor 10 | 36037 Fulda](#)

Kreistagsvorsitzender Helmut Herchenhan
Kreistagsbüro
Wörthstraße 15
36037 Fulda

Kontakt

Michael Busold
Am Rosengarten 6,
36137 Großenlöder
Telefon: +49 (661) 21055
E-Mail: kreistagsfraktion.fulda@spd.de

Fulda, 21.11.2023

**Begründung der Ablehnung unseres Resolutionsantrags „Angemessene Finanzausstattung für die Träger der Eingliederungshilfe“ vom 10.11.2023
Ihre Antwort vom 17.11.2023**

Sehr geehrter Herr Herchenhan,

zunächst einmal vielen Dank für Ihre Antwort zu unserem Schreiben vom 16.11.2023. Ihre Antwort ermöglicht es uns zumindest, Ihre Entscheidung nachvollziehen zu können. Das ändert jedoch nichts an unserer Haltung: Ihre Entscheidung bleibt für uns völlig unverständlich und lässt uns empört zurück!

In § 18 (3) der Geschäftsordnung heißt es:

Resolutionsanträge sind Anträge zu Themen, die zwar außerhalb der Zuständigkeit des Kreistags liegen, die aber den Landkreis als kommunale Gebietskörperschaft in besonderer Weise unmittelbar betreffen. Adressaten der Resolution sind im Antrag zu benennen.

In Ihrem Antwortschreiben begründen Sie die Ablehnung unseres Resolutionsantrags „Angemessene Finanzausstattung für die Träger der Eingliederungshilfe“ damit, dass sie eine „besondere Betroffenheit“ nur sehen, wenn allein der Landkreis Fulda betroffen wäre. Die „besondere Betroffenheit“ definieren Sie somit rein qualitativ („im Vergleich zu anderen Landkreisen/Regionen“) nicht aber quantitativ (im Falle unseres jetzigen Antrags: „Höhe der Umlagezahlungen des Landkreises“). Diese Argumentation lässt sich durch die Formulierung in § 18 (3) unserer Auffassung nach aber gerade nicht interpretieren.

Wenn Sie den § 18 (3) aber so eng interpretieren und auslegen, so lassen sich in der jüngeren Vergangenheit seit der Neufassung der Geschäftsordnung eine Reihe von Beispielen (nicht abschließend) finden, die Ihre Argumentation bzgl. unseres Antrags gerade nicht stützen:

Kreistagssitzung vom 22.12.2023

Dringlicher Resolutionsantrag der Fraktionen CDU und FDP "Biogasanlagen erhalten: Erlösabschöpfung verhindern" vom 05.12.2022

Der vorliegende Antrag wurde zwar nicht behandelt und abgestimmt, da die erforderliche 2/3-Mehrheit für die Dringlichkeit nicht zustande kam. Sie als Kreistagsvorsitzender haben ihn als Resolutionsantrag aber im Vorfeld zugelassen.

Zu diesem Antrag ist zu sagen, dass der Landkreis Fulda sicherlich eine ländliche Region mit vielen Biogasanlagen ist. Ähnlich strukturierte Landkreise lassen sich in Deutschland aber sicherlich problemlos finden.

Wo haben Sie hier eine „besondere Betroffenheit“ des Landkreises Fulda erkannt?

Kreistagssitzung vom 17.07.2023

Resolutionsantrag der Fraktionen CDU und FDP "Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen" vom 27.06.2023

In diesem Antrag wird der „Landkreis Fulda“ nicht einmal im gesamten Antrag genannt. Vielmehr wird gerade auf die kommunalen Spitzenverbände abgezielt und von allen hessischen Kommunen gesprochen.

Wo haben Sie hier eine „besondere Betroffenheit“ des Landkreises Fulda erkannt?

Kreistagssitzung vom 19.10.2023

Resolutionsantrag der Fraktionen CDU und FDP "Reform der Kindergrundsicherung" vom 29.09.2023

In diesem Antrag geht es um die Reform der Kindergrundsicherung, die bundesweit gilt. Selbst die im Antrag genannte Konstellation „Jobcenter-Kommune ohne Standort einer Familienkasse“ dürfte bundesweit nicht allein im Landkreis Fulda zu finden sein.

Wo haben Sie hier eine „besondere Betroffenheit“ des Landkreises Fulda erkannt?

Ihre Ablehnung inkl. Begründung und die aufgeführten Beispiele (s.o.) führen unserer Meinung nach dazu, dass der Willkür in der Beurteilung durch den/die jeweilige/ Kreistagsvorsitzende/n, ob ein Resolutionsantrag zugelassen wird, „Tür und Tor“ geöffnet wird.

Herzliche Grüße aus Fulda



Michael Busold
Fraktionsvorsitzender